



CDU und Grüne präsentieren Idee für Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

www.shz.de

Eutin : CDU und Grüne präsentieren
Idee für Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge

Durch veränderte Parkgebühren und gedeckelte Ausbausumme könnte Haushaltsloch gestopft werden.

shz.de

von [Constanze Emde](#)

08. November 2019, 20:31 Uhr

Eutin | Die Grundstückseigentümer in Eutin können aufatmen: CDU und Grüne haben am Freitag Kompensationsmöglichkeiten für den städtischen Haushalt vorgeschlagen, die mehrheitsfähig seien, um die Straßenausbaubeiträge in Eutin abschaffen zu können. Die Idee: Der städtische Anteil für die Straßensanierungsmaßnahmen wird nach oben begrenzt und das Haushaltsloch sollen Mehrheinnahmen durch höhere Parkgebühren stopfen.

Abschaffen alleine reicht nicht, es braucht Ideen, wie fehlendes Geld anders eingenommen werden kann

Seit Mai 2018 sorgte die Diskussion über die Erhebung der Straßenausbaubeiträge immer wieder für Diskussionen in

verschiedenen Gremien und sorgten für volle Zuschauerplätze in den Ausschüssen.

Im Hauptausschuss am Dienstag soll nun über die Vorschläge von CDU und Grünen diskutiert werden. „Wir haben uns dafür prügeln lassen, aber im Gegensatz zu den anderen Fraktionen kommen wir jetzt mit einem Paket, das sich sehen lassen kann. So sieht politische Verantwortung aus“, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Matthias Rachfahl. Ihm und seiner Partei sei immer wieder vorgeworfen worden, dass es doch im Wahlprogramm gestanden habe. Nun würden Ergebnisse geliefert. „Wir haben uns alle, alle Fraktionen, dafür ausgesprochen, die Beiträge abzuschaffen, aber wir wollten doch einen Antrag stellen, der Hand und Fuß hat. Fakten und Zahlen zu bekommen, dauert leider manchmal auch etwas“, erklärte Grünen-Chefin Monika Obieray.

Gestaffelte Parkgebühren und gedeckelte Summen für Straßenausbau

Wie genau soll die Kompensation aussehen? „Wir handeln nach dem Verursacherprinzip. Wer Straßen besonders viel in Anspruch nimmt, soll auch stärker herangezogen werden. Und der Verzicht auf bis zu eine Millionen Euro Ausbaubeiträge pro Jahr darf nicht zu Lasten von sozialen und Umweltmaßnahmen gehen“, betont Obieray.

CDU und Grüne schlagen eine Parkgebührenerhöhung vor, die 500.000 Euro zusätzlich einbringen soll. Bislang nimmt die Stadt jährlich 250.000 Euro ein, bestätigte Stadtsprecherin Kerstin Stein-Schmidt gestern. Die Bewirtschaftung erfolgt zwischen 9 und 15 Uhr. Die Idee von CDU und Grünen: Künftig sollen die mehr als 1600 öffentlichen Parkplätze in Eutin acht Stunden (ausgenommen samstags und sonntags) bewirtschaftet werden. Die Gebühren werden gestaffelt. Wer ganz nah ranfahren will, zahlt mehr als die, die einen kleinen Spaziergang akzeptieren. Für Pendler, „Brötchentasten“ und andere Besonderheiten soll es gezielte Lösungen geben. Auch Anwohnerparken soll mit untersucht werden, heißt es in der gemeinsamen Mitteilung der Fraktionen. Damit schlagen CDU und Grüne zwei Fliegen mit einer Klappe: „Das Gemeindeprüfungsamt hat uns vorgerechnet, dass weit mehr Gelder als die von uns geforderten 500.000 Euro drin wären zu erwirtschaften. Und es hat ganz klar formuliert, dass wir die Parkgebühren anheben müssen, wenn wir

Fehlbedarfszuweisungen künftig erhalten wollen“, erklärt Obieray. Parken müsste folglich auch ohne die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge teurer werden, CDU und Grüne kompensieren mit den Mehreinnahmen den Großteil des kalkulierten Verlustes aus Stadtsicht, wenn die Anliegeranteile beim Straßenbau wegfallen.

CDU und Grüne wollen moderatere Erhöhung, als Gemeindeprüfungsamt für möglich hält

Das Gemeindeprüfungsamt ging von möglichen Einnahmen für Parkraumbewirtschaftung von 1,7 Millionen Euro aus (bei einem angenommenen Euro pro Stunde). „Wie sich das im Detail gestaltet, da erwarten wir nach Beschluss ein Konzept für die Staffelung von der Stadt“, so Rachfahl und Obieray unisono.

400.000 Euro pro Jahr soll Stadt weiterhin aufwenden, Anlieger sollen bei Ausbau-Fragen einbezogen werden

Außerdem soll das Budget der Stadt Eutin für den Straßenausbau auf den durchschnittlichen städtischen Anteil von 400.000 Euro pro Jahr gedeckelt werden. Die Summe sei im Schnitt in den vergangenen Jahren von der Stadt investiert worden, so die Fraktionsvertreter. Damit erfülle die Stadt weiter ihre Verpflichtung zum Straßenausbau wie bisher. CDU und Grüne sagen aber auch, dass möglichen zukünftigen Wünschen nach einer „Luxussanierung“ von vorneherein eine klare Absage erteilt werden müsse. Der Ausbaustandard der Eutiner Straßen müsse kostengünstig, belastungsadäquat und umweltgerecht sein. Rad- und Fußwege müssten immer mitgedacht werden. Die Anwohner sollen bei künftigen Maßnahmen einbezogen werden.

Besserer ÖPNV und verkehrslenkende Maßnahmen für Straßenerhalt

„Wir fordern konsequente verkehrslenkende Maßnahmen, die dazu dienen, die Straßenbelastung zu reduzieren und die Haltbarkeitsdauer zu erhöhen. Das können Lkw-Lenkungsmaßnahmen sein oder neue Tempo-30-Zonen. Ebenso gehört dazu, dass Rad- und Fußgängerverkehr sowie ÖPNV wesentlich attraktiver gemacht werden als bisher.“

Rachfahl und Obieray erwarten eine breite Zustimmung der anderen Fraktionen, die bislang alle die Abschaffung der Ausbaubeiträge gefordert, „aber nie ein brauchbares Kompensationskonzept vorgelegt haben. Wir haben unsere Arbeit gemacht.“

Kommentar zum Thema: Wer nicht zahlen will, kann radeln

CDU und Grüne haben es geschafft: Mit der Idee, die in Eutin sehr günstigen Parkgebühren moderat zu erhöhen und den jährlich verfügbaren Betrag der Stadt für Straßensanierungen so festzuschreiben, wie er in den vergangenen Jahren auch eingesetzt wurde, haben die beiden Fraktionen ihre „Kompensationsidee“ zum Stopfen des Haushaltsloches geliefert und können nun für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stimmen. Viele Eutiner wird es freuen.

Der Vorschlag müsste sogar einstimmig angenommen werden, denn die SPD-Vertreter, die in den Diskussionsrunden nicht müde wurde, zu betonen, dass sie es ja waren, die die Abschaffung seit Mai 2018 forderten, kamen mit keiner besseren Idee. Auch die Freien Wähler, die die Fissauer für die Ausschüsse mobilisierten, blieben ernstzunehmende Ideen schuldig. Unter den betroffenen Fissauern war auch Altbürgermeister Gernot Grimm, in dessen Amtszeit die Straßenausbaubeiträge eingeführt wurden. Aus Betroffenenensicht sieht eben alles ein wenig anders aus. Die Stadtvertreter können nun beruhigt dem Vorschlag von CDU und Grünen zustimmen. Dieser verhindert nicht nur ein neues Haushaltsloch, sondern erfüllt obendrein eine alte Forderung des Gemeindeprüfungsamtes. Eutin hat viel vor – da muss jeder seinen Beitrag leisten: in der Politik und am Parkautomaten. Ein Euro pro Stunde für alle Parker ist verglichen mit den hohen Summen für einzelne doch lächerlich. Und wer nicht lachen kann, kann radeln.

